

Zum Verhältnis  
von NPD und  
Autonomen Nationalisten

# Konfliktuelle Komplizenschaft

Harald Bergsdorf

Immer wieder erschüttern rechtsextremistische Ereignisse unser Land. Gerade der starke Strukturwandel in Gesellschaft, Wirtschaft und Sozialstaat verunsichert viele Wahlberechtigte. Fast eine Million Wähler haben am 27. September bei der Bundestagswahl rechtsextremen Parteien ihre Stimme anvertraut, wobei die NPD mehr als 600 000 Stimmen gewann. Es gibt offenbar keine moderne, komplexe, dynamische Gesellschaft ohne rechtsextremistische Verwerfungen. So gelang es der NPD im August 2009 in Sachsen, auch ohne ein großes Thema wie Hartz IV und trotz interner Dauerquerelen wieder in den Landtag einzuziehen – zuvor hatte sie es seit ihrer Gründung 1964 nie geschafft, in einen Landtag zurückzukehren; in Thüringen hat sich die NPD bei der Landtagswahl im August 2009 prozentual mehr als verdoppelt, wenn auch unterhalb von fünf Prozent. Bei der Bundestagswahl 2009 gelang es der NPD, sich zu stabilisieren. Unterdessen pulverisiert sich die DVU. Davon könnte die NPD profitieren, indem sie Wähler und Mitglieder gewönne. In der einwohnerstärksten Stadt des einwohnerstärksten Bundeslandes, in Köln, gelang es einer rechtsextremen Anti-Islam-Gruppierung bei der Kommunalwahl im Herbst 2009, mit einer Fraktion erneut und gestärkt in den Stadtrat einzuziehen.

Die NPD dämmerte über Jahrzehnte im politischen Wachkoma. Bei Wahlen landete sie meist zuverlässig in der Rubrik „Splitterparteien“. Erst Parteichef Udo Voigt revitalisierte die NPD. So gab er ihr

vor allem auch eine Strategie. Davon profitierte die Partei bei der Landtagswahl 2004 in Sachsen und 2006 in Mecklenburg-Vorpommern (ebenso vom gescheiterten NPD-Verbotsverfahren). Kurz nach seinem Amtsantritt 1996 präsentierte Voigt zunächst sein Drei-Säulen-Konzept: den „Kampf um die Köpfe, die Straße und die Parlamente“. Im Jahr 2004 ergänzte Voigt eine vierte Säule: den „Kampf um den organisierten Willen“. Auf diesen vier Säulen basiert die NPD-Strategie, mit welcher die Partei ihre Kampagnefähigkeit stärken will.

Eine der vier Säulen, der „Kampf um die Straße“, meint: Gemeinsam mit vagabundierenden Neonationalsozialisten will die NPD politische Präsenz, Relevanz und Stärke in der Öffentlichkeit beweisen; sie wollen in vorpolitische Räume stoßen, Vakuen ausfüllen und Themen besetzen. NPD und Co. wollen den „Kampf um die Straße“ stärker in Ostdeutschland schlagen, wo die Zivilgesellschaft nach sechzig Jahren brauner und roter Diktatur viel schwächer ist als in weiten Teilen des Westens; gemäßigte Parteien, Kirchen und Gewerkschaften haben prozentual viel weniger Mitglieder. Damit gibt es dort und anderswo im Osten weniger bekennende (und aktive) Demokraten und mehr Freiräume für Antidemokraten. In solche Freiräume wollen NPD und Co. mit ihrem „Kampf um die Straße“ vorstoßen. Ihr Ziel: die „Entscheidungsschlacht“ um die Parlamente gewinnen. Doch sowohl das NPD-Finanzchaos als auch Gewalt auf oder bei ihren Veranstaltungen wider-

sprechen der NPD-Eigenwerbung als Partei von Recht und Ordnung. Im Kern geht es der NPD um ihr Image. Denn vor allem eines braucht die NPD dringend: Wahlerfolge. Durch den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde oder zumindest durch Teilnahme an der staatlichen Wahlkampfkostenerstattung könnte die altneue NPD-Führung sowohl ihren eigenen Führungsanspruch als auch die Finanzen der eigenen Partei stabilisieren.

### **Personelle Aufrüstung durch militante Neonazis**

Seit Ende 1992 haben die Innenminister des Bundes und der Länder über fünfundzwanzig rechtsextreme Vereinigungen verboten, darunter die Wiking-Jugend, die Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP) und jüngst die „Heimatreue deutsche Jugend“ (HDJ). Mit den Verboten implodierten die Organisationsstrukturen des militanten Rechtsextremismus weitgehend. Um darauf zu reagieren, bildeten Kader wie Thomas Wulff und Thorsten Heise bald „Freie Kameradschaften“. Der Druck von außen förderte das interne Umdenken unter militanten Neonazis. Daraufhin öffnete Voigt die NPD stärker für militante Neonazis, um seine Partei personell aufzurüsten. Bis heute ist die NPD ja weit von ihren früheren Mitgliederzahlen entfernt. Umgekehrt profitieren militante Neonazis vom Parteistatus der NPD, beispielsweise bei Demonstrationen. Denn mit ihrem privilegierten Parteistatus fällt es der NPD leichter, Demonstrationen anzumelden und durchzuführen, als den „Freien Kameradschaften“. Deshalb tummeln sich militante Neonationalsozialisten in der Partei beziehungsweise auf ihren Veranstaltungen.

Formal verfügen „Freie Kameradschaften“ üblicherweise über keinen Vorsitzenden, keine Mitgliedliste, keine Mitgliedsbeiträge, keine Statuten und kein Programm, das ihre verfassungsfeindlichen Ziele ausformulierte; normaler-

weise veranstalten „Freie Kameradschaften“ keine Parteitage und keine Gremiensitzungen. Das Adjektiv „frei“ bedeutete ursprünglich gerade auch parteifrei. Als Organisationen fast ohne Organisation, als lose verkoppelte Zusammenschlüsse bieten sie weniger Angriffsflächen. So sind sie für die Behörden schwerer zu beobachten und deshalb auch kaum zu verbieten.

Um einander zu kontaktieren und zu mobilisieren, nutzen sie hauptsächlich moderne Medien. Ihre Führer gründen ihren Führungsanspruch eher auf „natürliche Autorität“ als auf eine offizielle Bestellung oder gar Wahl. Äußerlich erinnern Vertreter der „Freien Kameradschaften“ üblicherweise weniger an klassische Rechtsextremisten (gewaltbereite Skinheads) mit Glatze und Springerstiefeln. Eher erscheinen sie, zumindest im Alltag, wie Normalbürger. Offenkundig tarnen sich Hardliner als Weichspüler. Damit versuchen sie, die eigenen Spuren zu verwischen. Um ihre Isolation zu verringern und ihre rechtsextreme Gesinnung zu tarnen, engagieren sie sich inhaltlich vor Ort teilweise für reale Probleme, zum Beispiel für ein Jugendzentrum oder gegen Arbeitsplatzabbau.

Insofern gilt der NPD-Slogan „Sozial geht nur national“ auch umgekehrt. Es geht ihnen offenkundig darum, Akzeptanz und Legitimität zu gewinnen – durch eine Taktik des trojanischen Pferdes. Mitunter gelingt es solchen Kameradschaften, Demonstrationen ihrer Feinde, Gegner und Konkurrenten zu unterwandern. Gerade weil sie auch reale Probleme aufgreifen und anprangern, sind „Freie Kameradschaften“ heute gefährlicher als früher. Stärker als früher versuchen sie, sich der Mehrheitsgesellschaft zu nähern und sich vom Sektierertum zu distanzieren. NPD-Gegnern fällt es damit schwerer, flexible Fanatiker ohne Weiteres als militante Neonazis zu enttarnen. In ganz Deutschland gibt es heute etwa zweihun-

Sogenannte „Autonome Nationalisten“ tragen am 1. Mai 2008 in Hamburg ein Banner mit dem Schriftzug „Nationalismus statt Globalisierung“.

© picture-alliance/dpa, Foto: Sebastian Widmann



dert militante „Freie Kameradschaften“. Üblicherweise gehören zwanzig bis vierzig Neonazis zu solchen Kameradschaften, die seit über zehn Jahren ein Zentralelement des Rechtsextremismus bilden.

### Autonome Nationalisten

Die „Autonomen Nationalisten“ gerieten erst 2008 verstärkt in den Blick der Öffentlichkeit. Am 1. Mai 2008 attackierten sie in Hamburg massiv Polizei und Gegendemonstranten. Dass es damals nicht zu Toten kam, grenzt an ein Wunder, wie Medienvertreter meinten. Angemeldet hatte den Aufmarsch die Hamburger Kameradschaftsszene; die NPD hatte ihn unterstützt. Die „Autonomen Nationalisten“ gehören ebenfalls zur militanten Neonazi-Szene. Sie agieren stärker als herkömmliche Kameradschaften im Westen. Teilweise stammen sie aus „Freien Kameradschaften“. Gerade auch die NPD-Strategie, mit „Freien Kameradschaften“ zu kooperieren oder sie gar zu

integrieren, führte zur Entstehung der „Autonomen Nationalisten“. Sie sind, etwas überspitzt formuliert, wesentlich gegen die NPD entstanden.

Mit ihren martialischen Methoden und ihrem aggressiven Auftreten sind „Autonome Nationalisten“ stärker aktionsorientiert als andere Rechtsextremisten. Ihr Eventextremismus bildet eine Mischung aus Rechtsextremismus und purem Nihilismus. Schwerpunkt ihrer Aktivitäten ist eher die „Schlacht um die Straße“ als die „Schlacht um Köpfe und Parlamente“. Ihr Adjektiv „autonom“ betont sowohl Unterschiede zu konventionellen Kameradschaften als auch Ähnlichkeiten mit linksextremistischen Autonomen. Einerseits distanzieren sie sich stärker von der NPD und ihren Sammlungsbemühungen im rechtsextremen Milieu. Deshalb nennen sie sich „autonom“. Andererseits verfolgen die „Autonomen Nationalisten“ Methoden, aber auch Inhalte, die eher von Linksautonomen stammen.

Ihre rudimentäre Ideologie kreist ähnlich wie die Ideologie anderer Rechtsextremisten um einen „nationalen Sozialismus“ samt Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Antiamerikanismus und Antikapitalismus. Mit dem Begriff „nationaler Sozialismus“ umgehen sie den Terminus „Nationalsozialismus“. Insgesamt kennzeichnet eine besonders ausgeprägte Demokratiefeindschaft die Minimal-Ideologie der „Autonomen Nationalisten“. Ihre Organisation ist noch lockerer als jene der „Freien Kameradschaften“. Sie bilden lose Personenzusammenschlüsse: Mitgliedschaft durch Mitmachen. In Aussehen und im Auftreten ähneln „Autonome Nationalisten“ Linksautonomen. Zum fast uniformen Aussehen der verummten Aktivisten gehören schwarze Kapuzenpullover, Baseballkappen, Sonnenbrillen bei jeder Witterung und Palästinensertücher – statt Glatze, Bomberjacke und Springerstiefeln. Kurz: „Braune“ tragen nun Schwarz.

Hinzu kommen – um zu provozieren und sich selbst zu tarnen – Piercings, ein vielfältiges Repertoire an sogenannter Musik, darunter selbst Hip-Hop, Parolen wie „Kapitalismus zerschlagen“ und Anglizismen wie „Fuck Authority“ oder „Fight the System“. Inzwischen sind „Autonome Nationalisten“, zumindest äußerlich, kaum noch von Linksautonomen zu unterscheiden. Damit fällt es schwerer, „Autonome Nationalisten“ *prima vista* dem Rechtsextremismus zuzuordnen. Sogar Szeneangehörige selbst haben mitunter Probleme, einander zuzuordnen: So kommt es bei Schlägereien immer wieder ungewollt zu „friendly fire“.

Besonders ihre hohe Gewaltbereitschaft kennzeichnet die „Autonomen Nationalisten“; eine Gewaltbereitschaft, die primär ihren Erlebnishunger stillt (ähnlich wie bei Hooligans im Fußball); eine Gewaltbereitschaft, die stärker ausgeprägt ist als bei traditionellen Kameradschaften; eine Gewaltbereitschaft, die bei

„Autonomen Nationalisten“ als Selbstverteidigung gegen das „repressive System“ firmiert; eine Gewaltbereitschaft, die der inoffiziellen Devise „Hohe Aggressivität, niedrige Empathie“ folgt; eine Gewaltbereitschaft, die sich vor allem gegen politische Gegner, Polizei und Journalisten richtet. Gerade auch darin unterscheiden sich die „Autonomen Nationalisten“ von anderen Rechtsextremisten, deren Gewaltbereitschaft primär auf Minderheiten zielt, vor allem auf Menschen mit Zuwanderungsgeschichte.

### Strategiewechsel der NPD

Über Jahrzehnte distanzierte sich die NPD von der militanten Neonazi-Szene. Dafür gab es einen zentralen Grund: Die gesellschaftlich weitgehend isolierte NPD hielt es damals für taktisch besser, keine Nähe zu militanten Neonazis zu suchen. Der Preis dafür war hoch: Denn gerade auch deshalb misslang es der NPD, größere Teilnehmerzahlen für ihre Kundgebungen zu mobilisieren. Erst unter Günther Deckert, aber vor allem ab 1996 unter Voigt änderte die NPD ihre Strategie, weil die Partei fürchtete, immer weiter und tiefer in der Bedeutungslosigkeit zu versinken; ihre Mitgliederzahl war von einst 28 000 auf 3500 gefallen.

Ein wichtiger Auslöser ihres Strategiewechsels waren Großdemonstrationen gegen die Wehrmachtausstellung. Sie verdeutlichen die Mobilisierungskraft der „Freien Kameradschaften“. Damals erkannte Voigt die Chance, durch die „Freien Kameradschaften“ endlich wieder öffentliche Stärke zu zeigen, intensivere Wahlkämpfe zu führen und Wahlerfolge einzufahren nach der Devise: Gemeinsam statt gegeneinander. Unter ihrem neuen Vorsitzenden Voigt umwarb die NPD deshalb fortan verstärkt die „Freien Kameradschaften“. Mit diesen wollte Voigt nun „die Schlacht um die Straße“ schlagen. Sie wollte Voigt für die NPD mobilisieren und als personelles Po-

tenzial aktivieren. Statt sich von militanten Neonationalsozialisten zu distanzieren, sucht die NPD inzwischen die Nähe der „Freien Kameradschaften“.

Mit militanten Neonationalsozialisten bemüht sich die NPD, ihren massiven Mitglieder-mangel zu mindern; mittlerweile platziert sie Szene-Mitglieder sogar in ihren Vorständen, aber auch bei Wahlen auf ihren Listen. Sie lockt so militante Neonazis mit beruflichen und finanziellen Vorteilen. Vor der Landtagswahl in Sachsen 2004 näherten sich militante Neonazis der Partei. Darunter Leute wie Thorsten Heise oder Thomas Wulff. Mit ihrem Eintritt in die NPD noch vor der Landtagswahl im September 2004 in Sachsen bekannten sich Heise und Wulff deutlich zur NPD; damit gaben die beiden – in ihren Kreisen – prominenten Führer ein klares Signal an ihre Szene. Zuvor hatten beide die NPD jahrelang als zu lasch und legalistisch kritisiert.

Ende 2004 gelangte Heise, kurz nach seinem Parteieintritt, sogar in den NPD-Bundesvorstand – eine Blitzkarriere. Dort ist er bis heute ausdrücklich zuständig für die „Verbindung zu den Freien Kräften“. Thomas Wulff gehört seit der jüngsten Bundesvorstandswahl ebenfalls wiederum zum NPD-Bundesvorstand, dem er früher bereits angehörte. Wie Wulff gestrickt ist, zeigt: Im Juli 2008 legte er – in Anwesenheit von NPD-Chef Voigt – bei der Beerdigung des früheren SS-Mannes und FAP-Vorsitzenden Friedhelm Busse in Passau eine Reichskriegsflagge inklusive Hakenkreuz auf dessen Sarg. Daraufhin ließ der Passauer Polizeichef Alois Mannichl das Grab wieder öffnen, um die Flagge mit dem verbotenen Zeichen zu entfernen. Seither verunglimpfen ihn NPD und Co. massiv im Internet. Ob es allerdings Rechtsextremisten waren, die ihn später niederstachen, ist bislang ungeklärt.

Insgesamt bildet die Partei eine Art Rückzugsraum und Tummelplatz für

einschlägig Vorbestrafte. Die enge Kollaboration der NPD mit militanten Neonazis bedeutet viel für diese Partei. In Berlin halfen sogar die „Autonomen Nationalisten“, den Landesverband der NPD zu revitalisieren. Auch in NRW geht in der NPD ohne die „Autonomen Nationalisten“ wenig. Die mitgliederschwache Partei ist dringend auf militante Neonazis angewiesen, gerade in Wahlkämpfen.

## Kontakt zu Jugendlichen

Hinzu kommt die größere Fähigkeit und Bereitschaft der eher aktionsorientierten „Freien Kameradschaften“, jüngere Menschen anzusprechen und für die NPD zu mobilisieren. Insgesamt ist die NPD inzwischen ja als Mitglieder-, aber auch als Wahlpartei wesentlich jünger und stärker als REP und DVU. Attraktiv sind „Freie Kameradschaften“ für Jugendliche gerade auch durch rechtsextreme Konzerte, die sie ausrichten. Mit solcher „Musik“ wollen sie eher unpolitische Jugendliche anlocken und anfüttern, um sie für die Szene zu gewinnen.

Hinzu kommen andere Freizeitangebote wie Fußballturniere. NPD und „Freie Kameradschaften“ vermeiden es damit, Jugendliche mit einer Überdosis an politischen Inhalten oder gar politischer Gremienarbeit zu nerven und zu belästigen. Letztlich fungieren militante Neonazis als Brücke der NPD zu Jugendlichen. Militante Neonazis hingegen betrachten die NPD umgekehrt vor allem als Mittel, Aufmerksamkeit zu erringen; sie nutzen die NPD als ihren parlamentarischen Arm, um politischen Einfluss zu gewinnen.

## Angespanntes Verhältnis

Bereits die Integration von militanten Neonazis in der NPD verstärkte in der militanten Neonazi-Szene Ängste und Befürchtungen, die NPD könnte die militante Neonazi-Szene dominieren oder gar vereinnahmen – tatsächlich ist es heute in

weiten Teilen der Partei eher umgekehrt. Später kritisierten „Freie Kameradschaften“, NPD-Funktionäre missbrauchten sie als „Fußtruppen“ für „Drecksarbeit“ wie Flugblätterverteilen und Plakatekleben. Umso mehr fordern die „Freien Kameradschaften“ Gleichberechtigung. Dazu gehöre es, auf Flugblättern die Kontaktdaten sowohl der NPD als auch der „Freien Kameradschaften“ zu platzieren. Umgekehrt sahen sich die NPD beziehungsweise ihre Bündnispartner vor Wahlveranstaltungen veranlasst, auf ein seriöses Auftreten der „Freien Kameradschaften“ an Info-Ständen zu pochen. So kursieren in der NPD beziehungsweise ihrem militanten Umfeld Anweisungen, keine Bierdosen zu Info-Ständen mitzubringen und im Wahlkampf die Ärmel runterzukrempeln, um tätowierte Hakenkreuze und ähnliche Straftaten zu verdecken.

Angespannt ist vor allem das Verhältnis der NPD zu den „Autonomen Nationalisten“ und umgekehrt. Parteichef Voigt und seine Getreuen befürchten, das äußerst aggressive Agieren der „Autonomen Nationalisten“ verschlechtere das NPD-Image und erhöhe den Repressionsdruck des Staates gegen die NPD. Doch die NPD will sich zumindest in Wahlkämpfen seriös geben – nach ihrem Trauma bei der Bundestagswahl 1969; vor der Wahl 1969 hatten die meisten Zeitungen und das Fernsehen fast nur über Gewalt auf und am Rande von NPD-Veranstaltungen berichtet.

Die strategisch-taktischen Differenzen zwischen beiden sind erheblich. Nach Streitereien kam es bei NPD-Demonstrationen sogar schon zu öffentlichen Schlägereien zwischen NPD-Leuten und „Autonomen Nationalisten“. Offenkundig findet Voigt das äußerst aggressive Agieren der „Autonomen Nationalisten“ eher strategisch-taktisch unklug als unrechtmäßig und illegitim. Der NPD-Chefideologe nennt „Autonome Nationalisten“

deshalb gar „unbelehrbare, politikunfähige NS-Esel“. Die Mehrheit der „Freien Kameradschaften“ kritisiert Voigts Versuch, seine Partei stärker von den „Autonomen Nationalisten“ abzugrenzen. Eine Vielzahl „Freier Kameradschaften“ solidarisierte sich mit den „Autonomen Nationalisten“ gegen die NPD. Die NPD selbst bleibt wohl bis auf Weiteres gespalten in der Frage, wie sie mit militanten Neonazis umgehen soll. Letztlich braucht die mitgliederschwache NPD militante Neonazis. Deshalb bleiben Leute wie Heise und Wulff im NPD-Bundesausschuss wichtig für Voigt und seine Partei. Claus Cremer, NPD-Landesvorsitzender in NRW und damit im bevölkerungsreichsten Bundesland, buhlt offen um „Autonome Nationalisten“.

### Antidemokratische Arbeitsteilung

Kurz: NPD und „Freie Kameradschaften“ praktizieren eine Art antidemokratische Arbeitsteilung. Beide trennen strategisch-taktische Unterschiede; beide teilen aber eine ähnliche Ideologie. Stärker als früher dominieren im neuen NPD-Bundesausschuss heute Leute mit engen Beziehungen zur militanten Neonazi-Szene. Damit unterstreicht die NPD ihre lupenreine Demokratiefeindschaft. Auch wenn die NPD bislang weit davon entfernt ist, zu einer Massenbewegung zu werden: Sie muss ernst genommen werden. Deshalb darf Engagement gegen Rechtsextremismus keine Saisonarbeit sein. Vielmehr gilt es, rechtsextreme Hassprediger mit gelassener Entschlossenheit zurückzudrängen – nach der Devise: Hinsehen und Handeln statt Wegsehen und Warten; mit Wort und Wahlzettel, notfalls auch mit Gesetz und Gefängnis. Die Vision ist klar: Deutschland soll zu einer „No-go-Area“ für Rechtsextremismus werden, die auch keine Parallelgesellschaften duldet, in denen sich schlecht integrierte Deutsche tummeln. Umso wichtiger ist es, „braune Sümpfe“ trockenzulegen.